

fense ebenfalls zeigt – noch keineswegs beendet ist. Es ist zu hoffen, dass in der zukünftigen Debatte der globale Aspekt und ein komparatistischer Ansatz stärker eingebracht werden.

*Klaus-Jürgen Müller, Hamburg*

Alex Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte. Die »Entjudung« der Wirtschaft am Beispiel Göttingens, Fackelträger Verlag, Hannover 1997, 318 S., geb., 39,80 DM.

Die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben zwischen 1933 und 1941 war bislang nur selten Gegenstand monographischer Darstellungen. Dies hängt möglicherweise nicht zuletzt mit der »schwierigen« Quellenlage zusammen: So verweigerte das Göttinger Stadtarchiv dem Autor der hier vorzustellenden Studie über mehrere Jahre den Aktenzugang mit der Begründung, »Schaden von der Stadt« abwenden zu wollen. Bruns-Wüstefeld ließ sich dadurch jedoch nicht beirren. Hartnäckig und getreu dem Motto der Geschichtswerkstätten, deren Göttinger Verein das Projekt unterstützte, hat er an seinem Wohnort »gegraben« – und viel zutage gefördert.

Da ihm das Stadtarchiv bis kurz vor Abschluss der Arbeit verschlossen blieb, musste der Autor andernorts nach aussagekräftigen Archivalien suchen. Fündig wurde er unter anderem in den Göttinger Einwohnerbüchern, in der Gewerbekartei und den Grundakten des Grundbuchamts, im Handelsregister und in Telefonbüchern, in der Lokal- und Parteipresse, ferner in den Rückerstattungs- und Entschädigungsakten beim Landgericht Hannover bzw. beim Niedersächsischen Landesverwaltungsamt sowie in verschiedenen Regierungs-, NSDAP- und Entnazifizierungsbeständen des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover.

Die Studie besteht aus zwei Teilen. Der erste bietet, auf der Grundlage der Forschungsliteratur und zeitgenössischer Veröffentlichungen und jeweils unter ausführlicher Schilderung der Göttinger Verhältnisse, zunächst einen Überblick über die Entwicklung jüdischer Erwerbstätigkeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik. Anschließend wird die nationalsozialistische »Entjudungspolitik« rekapituliert und in Anlehnung an Helmut Genschel und Herbert A. Strauss in sechs Phasen eingeteilt. Schon Anfang 1938 war über die Hälfte der am 30. Januar 1933 in Göttingen gezählten 97 »jüdischen« Betriebe verschwunden; zum Zeitpunkt der sogenannten Reichskristallnacht existierten sogar nur noch 19. Damit bestätigt Bruns-Wüstefeld die These Avraham Barkais, dass sich »der größere Teil der Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft weit vor dem Novemberpogrom 1938 und auch bereits während der Amtszeit Schachts« (S. 124), der sich nachträglich zum Verteidiger jüdischer Interessen zu stilisieren versuchte, abgespielt hatte. Außerdem kann er zeigen, dass in Göttingen Liquidationen »den bei weitem größten Anteil an den Geschäftsaufgaben« ausmachten – 74 Fällen standen 22 »Arisierungen« gegenüber. Aus diesem Befund, der durch andere lokalgeschichtliche Arbeiten gestützt wird, folgert er zu Recht, dass »man sich den Gesamteffekt der »Entjudungen« – zumindest in Göttingen – nicht als eine direkte Vermögensumverteilung vorstellen« dürfe; sie führten vielmehr in der Mehrzahl der Fälle »zu einer Ausdünnung der Gesamtwirtschaft, die sich aber zweifellos günstig für die verbleibende Geschäftswelt auswirkte« (S. 116). Abschließend skizziert der Autor Verfahren und Ergebnisse der Rückerstattung und zieht einen Vergleich mit der Entwicklung in Heidelberg und Marburg, zwei Universitätsstädten ähnlicher Größenordnung und Wirtschaftsstruktur, für die bereits genauere Untersuchungen vorliegen.

Das »Kernstück der Studie« und zugleich Bruns-Wüstefelds eigentliche Leistung stellt aber erst der zweite Teil des Buches dar. Hier versucht er nämlich, »die Geschichte jedes einzelnen jüdischen Betriebes, der nach 1933 schließen musste, zu rekonstruieren« (S. 19). Indem er, Straße für Straße, Haus für Haus, alles zusammengetragen hat, was sich über Herkunft und beruflichen Werdegang der jüdischen Geschäftsinhaber, die Entwicklung ihrer Betriebe und über die Umstände der »Geschäftsaufgabe« herausfinden ließ, versetzt er den Leser auf bewegende Weise in die Lage, die Göttinger Juden und Jüdinnen, wie es im Vorwort treffend heißt, als Individuen wahrzunehmen – ihre Geschichte wird »durch die Nennung ihrer Namen, ihrer Häuser und Geschäfte« sichtbar gemacht. Er zeigt anschaulich, wie unterschiedlich die Reaktionen auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die ersten Boykott- und Terroraktionen, auf die schrittweise Entrechtung und auf die Verdrängung aus den angestammten Berufen ausfielen. Die Lektüre lässt auch erkennen, welche Gründe die einen zum Bleiben, die anderen zum Gehen bewegten; glücklicherweise konnten von 401 im Januar 1933 in Göttingen wohnhaften Juden mindestens 304 emigrieren. Da der Autor überdies die Täter und die Nutznießer der »Entjudung« beim Namen nennt, trägt er zugleich zur Aufarbeitung dieses vielerorts noch immer tabuisierten Kapitels der nationalsozialistischen Vergangenheit bei.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass das reich bebilderte Buch nicht nur unseren Kenntnisstand über die Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft erhöht, sondern auch einen wertvollen und engagierten Beitrag zum neuerdings wieder häufiger attackierten und schon deshalb notwendigen »grausamen Erinnerungsdienst« leistet.

*Werner Bühner, München*

Claudia Brunner, Arbeitslosigkeit im NS-Staat. Das Beispiel München, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler 1997, 395 S., kart., 58 DM.

Die Autorin will mit ihrer Veröffentlichung die historische Legende von der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit durch die Nationalsozialisten widerlegen und zeigen, wie Arbeitslosigkeit und soziale Not systematisch und propagandistisch verschleiert worden sind. Sie versucht dies am Beispiel der Stadt München zu veranschaulichen und versteht ihre regionalhistorische Untersuchung als Ergänzung zur Makroebene der Reichspolitik.

In der Einleitung (S. 7) werden elf Fragen formuliert, u.a. die nach Kontinuität und Zäsur zwischen der Arbeits- und Sozialpolitik der Weimarer Republik und des NS-Staates, die nach arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Instrumentarien der NS-Politik zur Verminderung der sozialen Not, nach der öffentlichen Akzeptanz der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, nach dem Status von Langzeitarbeitslosen, nach der Interaktion zwischen den Bürokratien der Arbeits- und Sozialverwaltung sowie nach eigenständigen kommunalen Handlungsspielräumen.

Der Einleitung schließen sich 15 Kapitel an, die teilweise wiederum in drei bis vier Teilkapitel untergliedert sind. Ein direkter Bezug zu den in der Einleitung formulierten Fragen wird nicht mehr hergestellt. Die Arbeit weist massive Gliederungsschwächen auch insofern auf, als mehr als die Hälfte der 15 Kapitel mit 10 bis 15 Seiten substantiell nicht tragfähig sind.

So wird dem Leser ein sehr knappes und damit leider teilweise auch oberflächliches Bild vermittelt. Dies gilt insbesondere für die ersten 6 Kapitel. Der Autorin gelingt es nicht, eine befriedigende regionalhistorische Untersuchung zu entwickeln. Sie bewegt sich vielmehr auf der allgemeinen reichspolitischen Ebene und versucht den regionalhis-